



Regierungsratsbeschluss vom 07. Februar 2017

Ratschlag "Ausdehnung E-Voting auf Stimmberechtigte mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt"; Finanzierung

P170201

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Im Rahmen der E-Voting-Strategie hat der Regierungsrat im Dezember 2014 beschlossen, die elektronische Stimmabgabe unter dem Motto «Sicherheit vor Tempo» bis 2019 schrittweise auf alle im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmberechtigten auszudehnen. Im Rahmen der dazu erfolgten öffentlichen Ausschreibung hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 31. Januar 2017 dem Angebot der Schweizerischen Post AG den Zuschlag für einen Rahmenvertrag Betrieb E-Voting für die Jahre 2017–2026 erteilt. Der Zuschlag erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rates zur Finanzierung dieses Vorhabens. Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat dementsprechend einen Ratschlag mit einem Ausgabenantrag über 5.9 Mio. Franken für die Durchführung des E-Votings. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass sich die beantragte Ausgabe für den Kanton Basel-Stadt und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lohnt. In den letzten Jahren hat die Informations- und Kommunikationstechnologie rasante Entwicklungen erfahren. Dies hat auch auf staatliche Institutionen Einfluss: Behörden benutzen immer öfter das Internet, um Informationen und Dienstleistungen einfacher an die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu gehört auch die Digitalisierung der politischen Rechte.

